

## Aus dem letzten Jahrhundert

Lieferkettengesetz: „Schuften statt Schule“, FR-Wirtschaft vom 22. Januar

Das Lieferkettengesetz, ein Vorhaben, das von rund 75 Prozent der Bundesbürger als sinnvoll erachtet und befürwortet wird, scheitert an dem rein an Wirtschaftsinteressen orientierten Wirtschaftsminister Altmaier.

Das Thema, das auf dem „UN-Leitprinzip für Wirtschaft und Menschenrechte“ von 2011 basiert, hat es 2018 in den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD geschafft. Der Wirtschaft wurde zwei Jahre lang Gelegenheit gegeben, um auf freiwilliger Basis entsprechende Regeln umzusetzen. Wie erwartet hat das nicht geklappt. Nur etwa 17 statt der geforderten 50 Prozent der einbezogenen Unternehmen wollten bei ihren Geschäften freiwillig auf die Menschenrechte Rücksicht nehmen. Während von großen Konzernen (z.B. VW, Rewe, Nestlé usw.) sowie einem Zusammenschluss von mehr als 120 NGOs, der katholischen und evangelischen Kirche und führenden Wirtschaftswissenschaftlern ein Lieferkettengesetz gefordert wird, blockiert Herr Altmaier alle Bemühungen und will die Gesetzesvorschläge verwässern.

Viele Länder (z.B. Frankreich, England, Schweiz, Niederlande, USA) haben bereits entsprechende Regelungen. Sind Herr Altmaier und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (BDA, BDI, DIHK) der Meinung, dass deutsche Unternehmen nur dann konkurrenz-

fähig sind, wenn sie einen Wettbewerbsvorteil auf Kosten der Menschenrechte erhalten? Ist in den Augen von Herrn Altmaier unser Status als Exportweltmeister gefährdet, wenn wir bei der Beschaffung von Rohstoffen und Waren Menschenrechte und Umweltstandards einhalten müssen?

Auch als Wirtschaftsminister ist Herr Altmaier dem ganzen Volke verpflichtet und nicht einseitig den Vertretern der Wirtschaft. Das Wohl des deutschen Volkes hängt nicht ausschließlich von materiellen Gütern ab. Nutzenmehrung ist nicht gleichbedeutend mit mehr Konsum und möglichst hohem Exportüberschuss. In Zeiten, die von Klimawandel und Artensterben geprägt sind, ist die aktuelle Wirtschaftspolitik wie aus dem letzten Jahrhundert.

Was interessiert es Herrn Altmaier und die Wirtschaft, ob Menschenrechte und Umweltstandards in den Billiglohnländern des globalen Südens eingehalten werden? Unsere Konzerne beuten Menschen und Natur in diesen Ländern aus, ohne rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Wir schicken die Flüchtlinge aus diesen Gebieten wieder nach Hause. Kurzfristig mag dies unserem „Wohlstand“ dienen. Wollen wir wirklich, vor allem mit unseren Erfahrungen aus dem „Dritten Reich“, eine solche, unmoralische Politik?

Dieter Murmann, Dietzenbach



**BRONSKI IST IHR  
MANN IN DER  
FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**

069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Wer macht den Müll weg?

Zu: „Große Geschäfte im All“, FR-Wirtschaft vom 17. Januar

Der Artikel über den Trend „New Space“ beschreibt eine Entwicklung der Raumfahrt, die dem geneigten Leser positiv – im Sinne von „Weltraumtechnik wirtschaftlich nutzen“ – nähergebracht wird, als habe es noch nie eine kritische Diskussion darüber gegeben. In welche Richtung dieses „Geschäftsmodell“ wohl führt, welche fragwürdige wirtschaftliche Nutzung damit verbunden ist, wenn es hauptsächlich um Profit für einige Wenige geht; welche Gefahren Weltraumforschung und Raumfahrt dafür in Kauf nehmen müssen, nicht zu vergessen die Beeinträchtigung von Beobachtung und Forschung durch Observatorien, Amateur- und Hobbyastronomen auf der ganzen Welt.

Waren bisher eher nur Musk (SpaceX), Branson (Virgin Group) oder Bezos (Amazon) im Gespräch, wenn es um die Entwicklung der privaten Raumfahrt ging, schreibt der Autor hier über die Entwicklung von anderen etablierten Unternehmen, so z.B. die Bremer Luft- und Raumfahrtgruppe OHB, eine neue Start-Up-Szene in Deutschland wie Berlin Space Technologies (BST), Isar Aerospace oder Rocket Factory Augsburg. Zurzeit (Stand 31.7.2020) sind 2787 Satelliten im Erdorbit unterwegs, nicht eingerechnet die vielen neuen Starlink-Satelliten von Elon Musk bis Januar 2021. Übrigens wird seine geplante Satellitenflotte für die

globale Versorgung unseres Planeten mit Internet bis in den letzten Winkel in den nächsten Jahren wohl auf über 40 000 angewachsen und entsprechend Milliarden Dollar in seine Betriebskasse einfliegen. Wobei sich natürlich über die Verfügbarkeit des Internets im letzten Schlupfwinkel der Erde, ob Urwald oder Wüste streiten lässt. Und diese Entwicklung potenziert sich mit jedem neuen Unternehmen, das an diesem Goldrausch partizipieren möchte.

Nur einen Aspekt von vielen möchte ich in diesem Zusammenhang problematisieren, ohne die Raumfahrt grundsätzlich infrage zu stellen. Seit Jahren ist das Problem des Weltraummülls bekannt. In einigen Jahren wird u.a. die ESA versuchen, dieses Problem praktisch zu lösen. Bis dahin hat sich die Anzahl der Satelliten um ein Vielfaches vergrößert. Inzwischen werden, z.B. von der US-Firma Swarm Technologies, Satelliten entwickelt, die gerade mal etwa zehn Zentimeter klein sind, was die Orbit-Bahnüberwachung bzgl. Weltraummüll nicht gerade erleichtert. Und die Kosten dieser Unternehmung? Wer wird sie zu tragen haben? Richtig, wir alle. Und wer hat den Nutzen?

Also sollten die Wenigen, die Nutznießer und Produzenten des Weltraummülls sind, sich darum kümmern und auch die Kosten dafür tragen.

Bodo Lube, Königstein

# MU\_FRDLES02\_4c - B\_164440

